



Foto: Martin Fejer/est&amp;ost

Hier, im rumänischen Roșia Montană, möchte das kanadische Unternehmen Gabriel Resources die größte Goldmine Europas errichten.

## Klageflut gegen Staaten?

### TTIP und die möglichen Folgen

Die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP stecken nach 14 Runden in einer Sackgasse. Ein Interessenausgleich nach dem Motto „Ihr öffnet Eure Lebensmittelmärkte, dafür schauen wir nicht mehr so streng auf Eure Autos“ ist komplizierter als erwartet, ein Abschluss noch in diesem Jahr, wie ihn etwa US-Präsident Obama angestrebt hat, scheint illusorisch.

Die Kritik an TTIP wächst und reicht vom geheimen Charakter der Verhandlungen bis zur befürchteten Senkung von Umwelt- oder Verbraucherstandards. Ein weiterer umstrittener Punkt ist das sogenannte Investitionsschutzabkommen, das es Unternehmen ermöglicht, vor nichtstaatlichen Gerichten gegen Entscheidungen von Staaten zu klagen. Solche Schiedsgerichte, die im Kern einen Eingriff in nationalstaatliche Autorität darstellen, gebe es im Rahmen bilateraler Wirtschaftsabkommen bereits, so das Argument der TTIP-Befürworter. Aber ist das ein gutes Argument?

Nicht unbedingt, wie ein Blick auf die Auseinandersetzungen um eine geplante Goldmine im rumänischen Roșia Montană belegt. Dort bemüht sich das kanadische Unternehmen Gabriel Resources (GR) seit 1997 darum, in zwei Tälern der historisch und geologisch bedeutsamen Bergbauregion die größte Goldmine Europas zu errichten. Acht Milliarden

US-Dollar Gewinn für GR und ein paar Hundert Arbeitsplätze für die Menschen vor Ort werden prognostiziert. Dem entgegen stünden die Umsiedlung von rund 2.000 Menschen und verheerende Umweltfolgen durch die Verwendung von Natriumcyanid sowie durch das sogenannte „Mountaintop Removal“, also die Absprengung von vier umliegenden Berggipfeln.

Schon bald regte sich heftiger – und ausdauernder – zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen das Projekt. Alleine im Herbst 2013 gingen über mehrere Wochen hinweg jeden Sonntag in rumänischen Städten Zehntausende auf die Straße. Daraufhin drohte der kanadische Konzern Rumänien mit einer Schiedsgerichtsklage, sollte die Mine verhindert werden. Trotz dieser Drohung lehnte das rumänische Parlament eine entsprechende Gesetzesänderung ab, die Mine war vorerst vom Tisch.

Im Juli 2015 hat Gabriel Resources beim International Centre for Settlement of Investment Disputes der Weltbank (ICSID) dann einen Antrag auf ein Schiedsgerichtsverfahren gegen Rumänien eingereicht. Grundlage dafür kann das bilaterale Investitionsschutzabkommen zwischen Rumänien und Kanada sein, aber auch die von Konzernen gerne in Anspruch genommene „Fair and Equitable Treatment“-

Klausel, also die Forderung nach fairer und gerechter Behandlung.

Unterdessen hat die rumänische Regierung das Gebiet um Roșia Montană auf die Warteliste des UNESCO-Weltkulturerbes setzen lassen. Eine Ausweisung als Weltkulturerbe würde einen umfassenden Schutzstatus bedeuten. Gabriel Resources setzt weiterhin auf das Projekt und hat es bis vor kurzem noch auf seiner Website als „in der Zustimmungsphase“ aufgelistet. Eine endgültige Entscheidung wird 2018 erwartet.

Ein anderes, abschreckendes Beispiel für die möglichen Folgen von Investitionsschutz im Rahmen von Freihandelsabkommen ist derzeit in Kolumbien zu beobachten. Dort verklagen der US-Konzern Tobie Mining and Energy und der kanadische Konzern Cosigo Resources den kolumbianischen Staat vor einem US-Gericht auf 16,5 Milliarden Dollar Schadenersatz, weil sie nicht im Regenwald Gold abbauen dürfen. Grundlage für die Klage ist das 2011 in Kraft getretene Freihandelsabkommen (TLC) zwischen den USA und Kolumbien. Betroffen wäre der über eine Million Hektar große Nationalpark Yağojé Apaporis im kolumbianischen Teil des Amazonasgebiets, Heimat von sieben indigenen Völkern und einer enormen Artenvielfalt.